



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21621 - 88
Fernschreiber 0896690

P/XIII/189 - 22. August 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- | | | |
|-------|--|----|
| 1 - 2 | Das Zeichen der Zeit
Nach dem einstimmigen Beschluss der UNO-Vollversammlung
über die Beilegung der Kanost-Krise | 62 |
| 3 - 4 | Est das so schwierig?
Der Schutz der Heilkunst und der Öffentlichkeit vor KZ-Ärzten
Von Eugen Kogon | 88 |
| 5 | Zum Warten ist es schon zu spät!
Die Lage im Ruhrbergbau - Noch immer Feierschichten | 32 |
| 6 - 7 | Die Bauern der Ostblockstaaten wehren sich
Offener und stiller Kampf gegen die Kolchoswirtschaft | 80 |

* . * * *
* * *

Das Zeichen der Zeit

sp - Der einstimmig gefaßte Beschluß der UNO-Vollversammlung über die Beilegung der Nahost-Krise ist in mehrfacher Hinsicht ein Ereignis von weltweiter Bedeutung. Dies umso mehr, als er in einer Situation zustande kam, in der während der vergangenen Wochen mehr als einmal die Welt am Rande des Abgrundes einer neuen kriegerischen Katastrophe stand.

Zunächst ist erneut bewiesen worden, daß die Vereinten Nationen das Forum sind, vor dem in der Welt auftretende Spannungen ausgeglichen werden können. Die Bedeutung der UNO wird besonders dadurch unterstrichen, daß ihr Generalsekretär einstimmig beauftragt wurde, die Autorität aller Mitgliedsstaaten einzusetzen, um jetzt im Nahen Osten die gebilligten Beruhigungsmaßnahmen in die Praxis umzusetzen. Das ist ein großer Erfolg auch der bisherigen Arbeit des UNO-Generalsekretärs Hammarskjöld, dessen unermüdlige Bereitschaft, widerstreitende Elemente zusammenzuführen, nunmehr vor aller Welt ihre Anerkennung findet.

Das zweite wichtige Merkmal des einstimmigen Beschlusses in der UNO-Vollversammlung ist die Tatsache, daß man nunmehr mit den arabischen Staaten als einem entscheidenden Faktor in der Weltpolitik zu rechnen hat. Dieser Beschluß wäre nicht zustande gekommen, wenn sich die arabischen Staaten nicht auf einer Linie gefunden hätten und wenn es Moskau oder Washington möglich gewesen wäre, wie so oft in der Vergangenheit, einen arabischen Staat gegen den anderen auszuspielen. Der Druck, der von dieser neuen politischen Realität ausgeht war so stark, daß der Westen und der Osten in letzter Minute vor der Entscheidung die eigenen Resolutionsentwürfe zurückziehen mußten.

Das wiederum bedeutet: Moskau und Washington erkennen die selbständige neutrale Politik der arabischen Staaten zwischen den Militärblöcken an - oder sehen sich dazu gezwungen, sie anzuerkennen - weil anderenfalls jede Seite befürchten müßte, den eigenen immer noch angestrebten Einfluß in diesem Teil der Erde ganz zu verlieren.

Das ist ein unbestreitbarer Erfolg der Politik Nassers, der Politik der militärischen Neutralität gegenüber den Machtblöcken in Ost und West, die sicher nicht - das darf man wohl heute sagen - ohne die Zusprache und den klugen Rat eines Nehru und Tito zustande gekommen wäre.

Dadurch fügt sich ein völlig neues Element in die bereits zur Sterilität verdamnten Ost-West-Politik ein. Es wäre eine Illusion anzunehmen, daß die Entwicklung an dem jetzt erreichten Punkt stehenbleibt. Was vor etwa fünf Jahren noch Theorie war, kann morgen zur politischen Realität werden. Die in einem unaufhaltsamen Emanzipationsprozess stehenden Staaten der Bandung-Konferenz, die um Nasser gescharte Gruppe der arabischen Völker und das werdende schwarze Afrika - sie alle sind gemeinsam aufgebrochen, sie zwingen durch ihre Haltung Moskau und Washington, eine neue Politik zu suchen. Mit anderen Worten: die Völker Asiens und Afrikas haben demonstriert, daß sie nicht gewillt sind, sich für die Zwecke und Ziele des Ost- oder des Westblockes benutzen zu lassen.

Hierin liegt die tiefere Bedeutung des jüngsten Geschehens vor den Vereinten Nationen. Werden die alten europäischen Völker das Zeichen sehen? Werden ihre jetzt führenden Männer die Phantasielosigkeit ihrer Politik begreifen und weiterhin stur den Weg des primitiven Ost-West-Gegensatzes gehen? Werden die einen in Zukunft amerikanischer als die Amerikaner und die anderen russischer als die Russen bleiben?

Zwischen Moskau und Washington bahnt sich auf der höchsten Ebene ein Gespräch über die Einstellung der Atomwaffenversuche an. Es ist sicher kein Zufall, daß dieses Gespräch gerade zu einem Zeitpunkt in Gang gerät, da beide Seiten erkennen müssen, wie sie vor der UNO von den neuen Völkern, die sie bisher als Satelliten betrachteten, überspielt worden sind.

Im Zeichen dieser Entwicklung wird von jetzt ab die Weltpolitik stehen. Die Staatsmänner, die das nicht sehen, werden als sinnlos agierende Eiferer oder als etwas noch Schlimmeres in die Geschichte eingehen.

+ + +

Ist das so schwierig?

Von Eugen Kogon

Die "Deutsche Ärzteschaft" ist wiederholt nachrücklich von jenen Medizinern abgerückt, "die verbrecherische Experimente an Menschen vornahmen und unter Verleugnung ihrer ärztlichen Pflichten zu Handlangern eines unmenschlichen Regimes wurden". Was aber die Wiederaufnahme ihrer Praxis betreffe oder deren Entzug, so sei dies ausschließlich Sache der Länderregierungen.

Dann wurde eine Stellungnahme der liberalkonservativen holländischen Zeitung "Het Vaderland" verbreitet, die im Zusammenhang mit dem "Skandal Dr. Eisele" darauf hinwies, daß es die amerikanischen Autoritäten seien, die sich weigerten, "die deutsche Obrigkeit über die Hintergründe der Verurteilungen" (in Nürnberg und bei anderen Prozessen gegen SS-Ärzte) "zu unterrichten... Es ist fraglich, ob dieses Versäumnis im Hinblick auf andere 'Eisele' noch gutgemacht werden kann."

Hier ist eine Alibi-Legende im Entstehen begriffen. Es dürfte am Platze sein, ihr mit einigen klaren Feststellungen entgegenzutreten.

Was die Prozesse angeht, die gegen frühere KZ-Ärzte stattgefunden haben - bei weitem nicht gegen alle Schuldigen! -, so liegen jedenfalls die Nürnberger Akten gedruckt vor. Außerdem eine reiche Literatur, vor allem deutsche, französische und englische Werke. Sie könnten in jeder größeren Bibliothek zur Verfügung stehen. Ebensowohl bei den Ärztekammern, den Justiz- und den Innenministerien. Niemand war seit Jahren gehindert, sie anzuschaffen; jede dieser Stellen konnte längst ein Namens- und Tatenregister anlegen oder anlegen lassen.

Es fehlen die Akten des Dachau- und des Buchenwald-Prozesses, die seinerzeit von der USA-Justiz in Deutschland durchgeführt worden sind. Sie befinden sich in Amerika; vermutlich lassen sie sich ausfindig und zugänglich machen. Aber die Urteile mit sämtlichen Namen und den verfügbaren Strafen sind bekannt. Im übrigen enthält sie jeder deutsche Zeitungshand aus jenen Jahren.

Herr Eisele war nur einer unter vielen (freilich einer der aller-schlimmsten). Die Amerikaner haben ihn zuerst zum Tode verurteilt, dann zu lebenslänglicher Haft begnadigt, dann 1952 aus Landsberg entlassen. Die Vorzugsbehandlung, die ihm zuteil wurde, ging auf politische Intervention zurück. Das war eine Unbilligkeit sondergleichen. Denn der Lagerarzt Waldemar Hoven zum Beispiel, der im Gegensatz zu Eisele - in gleichen KZ Buchenwald und zur nämlichen Zeit - nicht nur getötet, sondern auch gerettet hat, also Gnade verdient hätte, wurde hingerichtet; ein begründetes Gesuch für ihn, vom damaligen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Hessens, Dr. Werner Hilpert, und mir unterzeichnet, hat General Clay nicht einmal beantwortet, geschweige denn berücksichtigt.

Aber was hat das mit der Tatsache zu tun, daß sich unsere eigene Justiz nicht um Eisele - und die anderen - kümmerte? Daß die Verwaltungsbehörden die Wiederezulassung verfügten? Daß die Ärztekammern nicht Einspruch erhoben? Daß die medizinischen Fakultäten der Hochschulen, von denen die KZ-Ärzte seinerzeit ihre Doktor-Titel erhalten hatten, sie trotz erwiesenem Wegfall der Voraussetzungen akademischer Würde nicht

aberkannten? Einfacher Grund, ohne alles Verschulden von Amerikanern: sie waren saum und sondern nicht informiert. Gibt es eine Entschuldigung dafür?

Aber was geschieht jetzt, um den vierfreulichen Zustand zu ändern?

Die Staatsanwaltschaft in München ist eifrig bemüht, nur das Anklagematerial gegen Eisele zusammenzutragen, - zu spät, denn inzwischen ist der Schuldige auch in Ägypten verschwunden. Er hat sich, wie man erwarten mußte, als ihm die Flucht dorthin gelungen war, den zahlreichen früheren SS-Angehörigen zugesellt, die sich der Verantwortung für ihre Taten entziehen konnten und unentwegt, sei es in arabischen, sei es in südamerikanischen Ländern, auf die Wiederkehr "ihrer Stunde" bei uns warten.

In Offenburg ist der frühere buchenwälder Lagerarzt Erich Wagner verhaftet worden; in Frankfurt und Darmstadt laufen Untersuchungen der Staatsanwaltschaften; in Schleswig-Holstein ist der Fall Hertha Oberhäuser vom KZ Ravenstruck beim Ministerium des Innern anhängig, weil ihr die "Kassenärztliche Vereinigung" des Landes die Zulassung verweigert hatte. (Also doch eine standesärztliche Maßnahme!).

Man sollte in die Angelegenheit "KZ-Ärzte" endlich System bringen und sie dann abschließen, damit wir Ruhe davon haben und sicher sein können, daß fernerrhin nicht mehr Mörder und freventliche Experimentatoren von damals in den Reihen der deutschen Ärzteschaft tätig sind. Es hat mehrere Dutzend nationalsozialistische Konzentrationslager gegeben. Sie sind alle bekannt, das Dokumenten-Zentrum in Arolsen gibt Auskunft darüber. In jeden von ihnen waren SS-Ärzte tätig (aber nicht jeder ist unbedingt schuldig geworden, es gab Ausnahmen). Die Vereinigungen der ehemals politisch, religiös oder rassistisch Verfolgten sind in der Lage, eine vollständige Liste aufzustellen. Ferner existieren die Akten über die drei Berliner SS-Zentralen, von denen Versuchsarrangierungen ausgegangen sind: das Sanitäts-Hauptamt, das Hygiene-Institut der Waffen-SS und das Wirtschafts-Verwaltungs-Hauptamt. Das Verzeichnis der Betroffenen kann sämtlichen in Betracht kommenden Staatsstellen und Standesorganisationen, sowie den medizinischen Fakultäten der wissenschaftlichen Hochschulen gegeben werden, nachdem die Untersuchungsbehörden schuldhaftige Beteiligung an Morden oder erzwungenen Menschenversuchen nachgewiesen haben. Es gibt dann bestimmte Mittel und Wege, schuldigen KZ-Ärzten die weitere Ausübung der Heilkunst, gegen deren elementarste Grundsätze sie verstoßen haben, unmöglich zu machen.

+ + +

Zum Warten ist es schon zu spät!

W.J.- Die Lage im Kohlenbergbau ist ernst. 10 Millionen Tonnen Kohle liegen auf den Halden. Die Lagerungsmöglichkeiten sind erschöpft, aber die Absatzschwierigkeiten halten an. Das bedeutet, daß nur noch so viel produziert werden darf wie abgesetzt werden kann, das bedeutet die Aussicht auf weitere Feierschichten an der Ruhr.

Eigentlich sollte das ein Alarmeignal für die betroffene Landesregierung sein, der schließlich das Wohl und Wehe der Bevölkerung an der Ruhr besonders am Herzen liegen muß. Doch der Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Dr. Lauscher, verkündete, er sei "grundsätzlich mit Herrn Bundeswirtschaftsminister Erhard der Auffassung, daß man auch im Bereich der Kohlewirtschaft bemüht bleiben sollte, die aufgetretenen Schwierigkeiten mit marktgerechten Mitteln zu bekämpfen und von Maßnahmen abzusehen, die im Widerspruch zu unserer bisherigen liberalen Wirtschaftspolitik stehen." Er hatte auch eine Reihe von unverbindlichen Ratschlägen an Bergbau und Mineralölindustrie bereit, die indessen kaum den Eindruck nachhaltiger Wirksamkeit vermitteln konnten. Erst "wenn vom Bergbau im Laufe der nächsten Monate die Schwierigkeiten nicht aus eigener Kraft beseitigt werden können und weiterhin zahlreiche Feierschichten für die Bergleute drohen, sollten besondere Maßnahmen ergriffen werden."

Nun dauern die Schwierigkeiten schon seit einigen Monaten, ohne daß der Bergbau ihrer "aus eigener Kraft" Herr geworden wäre. Schon die Regierung Steinhoff hatte den Bundeswirtschaftsminister gedrängt, initiativ zu werden. Die Regierung Meyers-Lauscher dagegen möchte noch einige Monate zusehen, obschon die Schwierigkeiten, wie eingangs ausgeführt, einen Höhepunkt erreicht haben.

Die Bergleute, denen auf Grund der offenbar zum Dogma erhobenen "liberalen Wirtschaftspolitik" von Bundes- und Landesregierung weitere Feierschichten drohen, dürften für diese Passivität kaum Verständnis haben. Sie erwarten mit Recht energische Maßnahmen, um die ins Wanken geratene Stabilität wichtiger Wirtschaftszweige wieder hergestellt zu sehen.

+ + +

Die Bauern der Ostblockstaaten wehren sich

(rh) In allgemeiner Erinnerung ist noch die Reaktion der polnischen Bauern auf die Oktoberereignisse 1956 in Warschau, als der stalinistische Kurs vom Gomułka-Regime abgelöst wurde. Fast über Nacht wurden die Kolchosen in Polen von den Bauern selbst aufgelöst und nur sehr wenige der "Kollektivwirtschaften" überdauerten diesen rasanten Kolchosensturm. Es brauchte dann noch Monate, bis die Liquidierung der Kolchosen vollzogen war und bis es den Bauern wieder gelang, mit eigenem Vieh und eigenem Gerät auf den eigenen Höfen Fuß zu fassen. Aber schon in Vorjahren zeigte sich eine Steigerung der Ablieferungen und eine bedeutende Erhöhung der Erträge, die auch auf den wieder gebildeten Märkten zum Vorschein kamen. Dabei hatten die Bauern, wie sich gleichfalls rasch herausstellte gegen echte genossenschaftliche Zusammenschlüsse nichts einzuwenden; es haben sich inzwischen zahlreiche dieser Arbeitsgemeinschaften gebildet. Das Regime bemüht sich weiterhin um die Bildung neuer Kolchosen, doch machen sich da erste Bestrebungen geltend, von den Formen stalinistischer Kolchosen abzugehen und vor allem die Traktorenstationen zu reinen Dienstleistungseinrichtungen gegen feste Arbeits- und Lohnvereinbarungen umzuformen.

Nach einer jetzt bekanntgewordenen Übersicht über die Kolchosenwirtschaft in Rumänien, die in der Zeitschrift der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften erschienen ist, hat es sich herausgestellt, daß auch die rumänischen Bauern den Ausweg der freien Arbeitsgemeinschaften suchen, um der Kollektivierung zu entgehen. Das Bukarester Regime, dem es bis zum Jahre 1955 lediglich gelungen war, 5,4 Proz. des landwirtschaftlichen und nur 8,2 Proz. des Ackerbodens in den Kolchosen zu vereinigen, ist offensichtlich froh darüber, daß die Arbeitsgemeinschaften der Bauern 2,8 Prozent des landwirtschaftlichen und 4 Prozent des Ackerbodens umfassen und daß man so, indem man die Arbeitsgemeinschaften zum "Genossenschaftssektor" hinzuzählt, diesem mit 9,5 des landwirtschaftlichen und 12,7 Prozent des Ackerbodens eine doch irgendwie ins Gesicht fallende Bedeutung beimessen kann.

Wie schwierig sich die Kolchosierung und die Übernahme von landwirtschaftlichem Boden in staatliche Regie in Rumänien anläßt, geht auch daraus hervor, daß die Staatsgüter 1955 nur 6,9 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen auf sich vereinigen konnten. Der "private Sektor" umfaßte dagegen 1955 noch immer 65 Prozent des landwirtschaftlichen und sogar 73,6 Prozent des Ackerbodens. Die Ackerflächen in Rumänien hatten im gleichen Jahr ein Ausmaß von 9,62 Millionen Hektar.

Das Prager Regime, das in den letzten Jahren die Bildung von Kolchosen in der drängendsten Weise vorantrieb und als einziger der Ostblockstaaten auf der alten stalinischen Kolchosformel beharrte, sieht sich jetzt einer Entwicklung gegenüber, die man als bäuerliche Selbsthilfe bezeichnen kann. Um die kleineren selbständigen Bauern zum Eintritt in die Kolchosen zu bewegen, wurde ihnen zugestanden, daß sie sich ein kleines Feld bei ihren Anwesen - "hinter den Scheunen" - für ihren Eigenbedarf behalten könnten und daß sie auch einen kleinen Viehbestand haben

dürfen. Man wollte und konnte die Kolchosbauern nicht schlechter behandeln als die immer noch beträchtliche Anzahl von Kleinhäuslern, die über einen kleinen Feldbesitz verfügen und in der Industrie als Arbeiter beschäftigt sind. Gerade diese Kleinhäusler haben sich bisher mit Erfolg dagegen gewehrt, in die Kolchosen eintreten zu müssen, da sie "nicht hauptberuflich in der Landwirtschaft beschäftigt sind" und man auf sie in der Industrie vieler Gebiete nicht verzichten kann.

Man hatte in Prag berechnet, dass der Kleinbesitz der Kolchosbauern - von dem natürlich auch Abgaben zu leisten sind - die Versorgung der Bauern verbessern und ausserdem an Erträgen (aus den Abgaben) jährlich rund 5000 bis 7000 Kcs einbringen werde. Die Kolchosbauern erhalten Deputate auch in Form von Futtermitteln und Stroh, die auf diese Weise bei der Eigenwirtschaft der Kolchosbauern Verwendung finden und das Aufkommen von Milch, Eiern und auch Schweinefleisch vergrößern können.

Nun hat es sich herausgestellt, dass dieser Eigenbesitz der Kolchosbauern weit mehr einbringt, als man genau auskalkuliert und errechnet hatte, und dass sich die Kolchosbauern da zu wahren Hexenmeistern entwickelt haben. Es wird ein Kolchosbauer im ostböhmischen Gutenfeld genannt, dem es im Vorjahr gelungen ist, aus seinem Eigenbesitz 18 500 Kcs herauszuwirtschaften. Dabei darf so ein "Eigenbesitz" nur einen halben Hektar umfassen und es sollen neben einer Kuh bestenfalls zwei Schweine im Jahr und (in unbegrenzter Zahl) Geflügel gehalten werden. Woher der Kolchosbauer in Gutenfeld so viel Futter aufgetrieben hat, dass er Milch, Eier und Schweinefleisch in solchen Massen aufbringen konnte, dass ihm nach Befriedigung des eigenen Bedarfs noch so viel übrig blieb, dass er dafür 18 500 Kcs einnehmen konnte - das ist die kitzliche Frage, die jetzt in der Öffentlichkeit der Tschechoslowakei gestellt wird und die kolchosbeflissenen Parteikreise sichtlich beunruhigt.

Die Stimmen, die ein sofortiges Verbot des Eigenbesitzes der Kolchosbauern fordern, versucht man zwar zum Schweigen zu bringen, aber man ist sich klar darüber, dass die Kolchosbauern jede Gelegenheit ausnutzen, um sich als "selbständige Bauern" zu fühlen und gegen die Kolchosen Widerstand zu leisten.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel